

Beschluß

Der
Bayerische Landtag
an die
Bayerische Staatsregierung

Der Landtag hat über den

Antrag der Abgeordneten Großer, Dr. Hamm-Brücher, Redepenning, Jaeger, Dr. Zech, Dr. Flath, Wachter, Kublitz (FDP) betreffend Sicherheit von Kernkraftwerken (Drs. 3282)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. nach Abschluß des Prozesses von Gundremmingen wegen des Unfalls vom 10. November 1975,
2. nach Abschluß der Untersuchungen über weitere Störfälle einschließlich des Störfalles vom 13. Januar 1977

die Ausschüsse für Landesentwicklung und Umweltfragen und für Wirtschaft und Verkehr über die aus den Vorfällen gewonnenen Erkenntnisse und die daraus entstehenden Folgerungen sobald als möglich zu unterrichten.

Dabei ist auch auf energie- und betriebswirtschaftliche Fragen (Bedarfsdeckung, Preisgestaltung) einzugehen, die sich aus längeren störfall-bedingten Abschaltzeiten von Kernkraftwerken ergeben.

München, den 24. März 1977

Der Präsident:

Hanauer

Beschluß vom:

24.3.1977

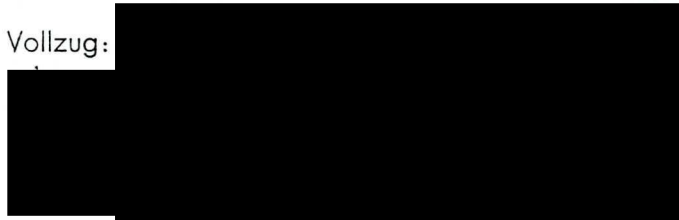
Beschlußbeilage:

4919

Grundbeilage:

3282

Vollzug:



1
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

(Geschäftszeichen im Antwortschreiben bitte angeben)

München, den 27. April 1977

Durchwahl-Nr. 9214 -

(Nebenstelle)

StMLU, 8000 München 81, Postfach 810140

Landtagssache

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum

8000 München 80

B.-Drs. 4919

Ziffer 1

A 3282

Betreff: Beschluß des Bayerischen Landtags vom 16.12.1975
betreffend Bericht über den Unfall im Atomkraft-
werk Gundremmingen (Drs. 8/1868)

Anlagen: 2 Abdrucke dieses Schreibens

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zum Vollzug des Beschlusses vom 16.12.1975 berichte ich wie folgt:

Am 19.11.1975 ereignete sich im Kernkraftwerk Gundremmingen I (KRB I) ein Betriebsunfall mit folgenschwerem Ausgang. Während einer Reparatur am Absperrschieber W 6 im Primärwasser-Reinigungskreislauf (Primärreinigungsanlage) wurde durch ein plötzlich austretendes Wasserdampfgemisch ein Betriebsschlosser sofort getötet und ein zweiter so schwer verletzt, daß er am folgenden Tage starb. Ein Strahlenschutzmann zog sich bei der Bergung des Verletzten aus dem Gefahrenbereich Verbrennungen an einer Hand zu. Bei den beiden Betriebsschlossern war ausschließlich Verbrühung die Todesursache. Das bei dem Betriebsunfall in den Sicherheitsbehälter ausgetretene Wasserdampf-/Wassergemisch war nur schwach radioaktiv. Die Radioaktivität hatte keinen Anteil an der Todesursache. Die für die Beherrschung von Kühlmittelver-

luststörfällen vorgesehenen Sicherheitseinrichtungen funktionierten einwandfrei. Die während und nach dem Unfall über den Kamin abgegebenen radioaktiven Stoffe unterschieden sich hinsichtlich der Höhe der Aktivitätswerte nicht von betriebsüblichen Werten; die Emissionen lagen zu jedem Zeitpunkt bedeutend unter den Genehmigungswerten. Darüber hinaus konnte der Sicherheitsbehälter während und nach dem Störfall jederzeit ohne Einschränkung betreten werden. Wegen der Einzelheiten zu dem Unfall und den veranlaßten Sofortmaßnahmen verweise ich auf den vor dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen am 2.12.1975 erstatteten Bericht.

A.

Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Memmingen hat auf Grund ihrer Ermittlungen gegen 7 Angehörige der oberen und mittleren Führungslinie des Kernkraftwerks Gundremmingen I Anklage wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung erhoben. In der Anklageschrift vom 16.2.1976 hat die Staatsanwaltschaft den Angeklagten vorgeworfen, am Absperrschieber W 6 im Primärwasser-Reinigungskreislauf eine Reparatur pflichtwidrig angeordnet oder geduldet zu haben. Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als atomrechtliche Aufsichtsbehörde hat daraufhin gemäß § 19 Atomgesetz im Benehmen mit den Muttergesellschaften des Betreibers (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG und Bayernwerk AG) angeordnet, daß die 7 Angeklagten zunächst für die Dauer des Strafprozesses von ihren Anordnungs- bzw. Freigabebefugnissen für Wartungs- und Reparaturarbeiten entbunden und diese Befugnisse anderen sachkundigen Personen übertragen werden. Durch diese Maßnahme sollte, ohne daß einer Entscheidung des Strafgerichts vorgegriffen wurde,

insbesondere der psychologischen Belastung, der die Angeklagten während des Prozesses ausgesetzt waren, Rechnung getragen werden.

Die Hauptverhandlung gegen die 7 Angeklagten hat in der Zeit vom 28.6.1976 bis 9.7.1976 vor der 1. (großen) Strafkammer des Landgerichts Memmingen stattgefunden. Mit Urteil vom 9.7.1976 wurde der Angeklagte Werner Rosenbauer, der am 19.11.1975 zur Zeit des Unfalls leitender Schichtingenieur im Kernkraftwerk Gundremmingen war, wegen zweier Vergehen der fahrlässigen Tötung und eines Vergehens der fahrlässigen Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr verurteilt, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die weiteren 6 Mitangeklagten wurden auf Grund des Ergebnisses der umfangreichen Beweisaufnahme freigesprochen.

Das Landgericht Memmingen kommt in seinem Strafurteil nach eingehender Schilderung des Unfallgeschehens und der Unfallursache (nach Meinung des Gerichts und aller Sachverständigen: Dampfaustritt infolge nicht vollständigen Schließens der Keilplatten des Absperrschiebers W 6) zu dem Schluß, daß die Reparatur am Absperrschieber W 6 bei Beachtung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen dem "Stand der Technik" entsprochen habe.

Für die Einhaltung dieser Sicherheitsvorkehrungen, wie Feststellen des vollständigen Schließens des Absperrschiebers W 6 und der Dichtheit der Keilplatten dieses Schiebers durch Öffnen des Absperrhahnes und Beobachten des Schauglases in der Entlastungsleitung des Schiebers durch die der Unfall vermeidbar gewesen wäre, sei allein der Angeklagte Rosenbauer als leitender Schichtingenieur verantwortlich gewesen. Er wäre verpflichtet gewesen, entweder die Durchführung der Reparaturarbeiten am Absperrschieber W 6 selbst zu überwachen oder durch einen von ihm beauftragten Angehörigen seiner Schicht überwachen zu lassen. Er sei pflichtwidrig und leichtfertig dieser Verpflichtung nicht nachgekommen und habe deshalb das Unfallgeschehen zu verantworten.

./.

Bei den freigesprochenen Mitangeklagten ist das Landgericht Memmingen nach Anhörung von Sachverständigen des TÜV Bayern, der Technischen Universität München und des Bayerischen Landeskriminalamts zu der Auffassung gelangt, daß diesen Angeklagten kein schuldhafter Verstoß gegen Unfallverhütungsvorschriften vorzuwerfen sei und auch keine Anhaltspunkte für ein Organisationsverschulden des technischen Geschäftsführers bestünden.

Der Angeklagte Rosenbauer und die Staatsanwaltschaft haben gegen dieses Urteil des Landgerichts Memmingen Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt. In Bezug auf die freigesprochenen Betriebsangehörigen Stahl und Petrak hat die Staatsanwaltschaft am 17.9.1976 die Revision zurückgenommen. Die Betriebsangehörigen Stahl und Petrak sind somit rechtskräftig freigesprochen.

Auf Grund der Feststellungen der Strafkammer in dem Urteil vom 9.7.1976 kann aus atomrechtlicher Sicht die Zuverlässigkeit (§ 7 Abs. 2 Nr. 1 Atomgesetz) des Ingenieurs Rosenbauer in der Stellung eines leitenden Schichtingenieurs zunächst nicht mehr für gegeben erachtet werden. Herr Rosenbauer ist inzwischen im Benehmen mit dem Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als atomrechtlicher Aufsichtsbehörde durch die Betriebsleitung des Kernkraftwerks Gundremmingen I von Leitungs- und Aufsichtsfunktionen im Kernkraftwerk Gundremmingen I entbunden worden.

B.

Auf Grund des Unfalls am 19.11.1975 im Kernkraftwerk Gundremmingen I wurden für alle in der Bundesrepublik in Planung,

in Bau oder in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke entsprechende Maßnahmen im Hinblick auf den Arbeits- und Unfallschutz angeordnet. So wurde die für das Kernkraftwerk Gundremmingen I getroffene sofortige Anordnung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen auch der Betreiberin des zweiten in Bayern in Betrieb befindlichen Kernkraftwerks, der Versuchssatomkraftwerk Kahl GmbH, auferlegt. Ebenso hat der Bundesminister des Innern für die übrigen Kernkraftwerke im Bundesgebiet in etwa die gleichen Maßnahmen angeordnet. Derzeit wertet die Gesellschaft für Reaktorsicherheit die Freigabeverfahren für Reparatur- und Wartungsarbeiten der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik aus, mit dem Ziel, einheitliche Formulare und Checklisten für die Freigabe von Reparatur- und Wartungsarbeiten und für die Freischaltung von Anlagenteilen zu erarbeiten. Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat in der 1. Teilerrichtungs-genehmigung für das Kernkraftwerk Gundremmingen II nochmals in einer Auflage ausdrücklich festgesetzt, daß die Anlagenteile und Systeme so ausgeführt und angeordnet sein müssen, daß der Arbeits- und Unfallschutz auch bei der Durchführung von Wartungs- und Reparaturarbeiten jederzeit gewährleistet ist.

Mit diesem Bericht wird gleichzeitig dem Beschluß des Bayerischen Landtags vom 24. 3. 1977 (Drs. 8/4919) in Nr. 1 entsprochen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gez.

Streibl
Staatsminister